

An  
Herrn Bundeskanzler  
Sebastian Kurz  
Bundeskanzleramt Österreich  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

**Obmann BVMB**

Univ. Prof. Dr. Christian Swertz  
Glockengasse 4c  
5020 Salzburg

☎ +43.699.18172464  
office@bundesverband-medienbildung.at  
<http://bundesverband-medienbildung.at>

**Offener Brief: Erfolgreiche Digitalisierung  
erfordert Medienbildung –  
Digitalisierungsstrategie sichern**

**19.6.2020**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die gesellschaftliche, demokratiepolitische und persönliche Relevanz kompetenter Mediennutzung ist in den letzten Wochen außerordentlich deutlich geworden. Medienkompetenz wird in österreichischen Schulen, in der Kinder- und Jugendarbeit, der Erwachsenen- und Weiterbildung sowie in der Geragogik häufig von freiberuflich tätigen externen Anbieterinnen und Anbietern vermittelt. Dieses Modell hat sich bewährt, weil es oft nicht möglich ist, die erforderlichen Ressourcen für eine fundierte und wirksame Medienkompetenzvermittlung in den Institutionen aufzubauen. Freelancer, EPU's und KMUs sind ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft in Österreich, insbesondere in der Medienbildung.

Die notwendigen Covid19-Maßnahmen führten zu einem erheblichen Umsatzausfall der meist selbstständigen Anbieterinnen und Anbieter von Medienkompetenzvermittlung. Die Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der betroffenen Personen greifen in vielen Fällen nicht. Damit droht, dass viele zum Marktaustritt gezwungen werden. Das führt zu einer nachhaltigen Verarmung der Bildungsangebote in der Medienbildung und in Folge zur Bildungsverarmung in einem existentiellen Themenbereich.

Über Jahre nicht zuletzt durch Maßnahmen der Bundesregierungen aufgebaute Expertise wird abgebaut. Damit wird die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung effektiv

eingebremst. Der Masterplan Digitalisierung für Schulen wird substantiell unterlaufen, zumal viele Anbieterinnen und Anbieter zugleich Fortbildungen offerieren, die nach dem Ausscheiden nicht mehr angeboten werden können. Auch der Umstieg auf reine Onlineangebote bietet keinen Ausweg, weil die Möglichkeiten in der Praxis oft nicht zur Verfügung stehen und/oder die notwendige persönliche Beziehungsebene sowie umfassende Wirkung durch Präsenz vor Ort nicht in gleicher Qualität erreicht werden können.

Die Komplexität des Gegenstandes Medienbildung, der vom Erkennen von Fake News, über die Prävention und Intervention bei Cybermobbing, dem Umgang mit Hassrede, Kenntnis von Datenschutzbestimmungen und dem Urheberrecht, den Privatsphärenschutz, weiters das Wissen über gesundheitliche Aspekte der Mediennutzung, das kompetente Bedienen von (digitalen) Endgeräten, die Beteiligung an öffentlichen Diskursen durch Medien, die Nutzung von Medien als Instrument des Selbstaudrucks, bis zur sinnvollen Begleitung von Homeschooling – und noch weiter – reicht, erfordert qualifizierte Expertise.

Diese Expertise ist nicht nur in vielen pädagogischen Institutionen, sondern auch in vielen Familien (noch) nicht vorhanden. Die bestehenden Angebote werden daher von Schulen und anderen Einrichtungen sehr gerne in Anspruch genommen. Pädagogische Institutionen können mit den Angeboten Medienerlebnisse ihrer AdressatInnen – Kindern, Jugendlichen, Eltern, Lehrpersonen, ElementarpädagogInnen, MultiplikatorInnen, SeniorInnen, u. a. - sinnvoll begleiten und zur konstruktiven Weiterentwicklung von Mediengestaltung und Mediennutzung beitragen. Reflektierte und kompetente Mediennutzung erfordert Auseinandersetzung, Dialog, Information und Anleitung durch kompetente Fachkräfte. Das Interesse von Unternehmen an der Vermittlung von Medienkompetenz ist ebenso offensichtlich.

Wir vermuten, dass Konsens darüber besteht, dass das Unterlaufen der Digitalisierungsstrategie und die drohende Bildungsarmut vermieden werden sollten. Wir erlauben uns daher, vier Maßnahmen anzuregen:

1. Es erscheint angemessen, auch rückwirkend – und bis ein geordnetes Einkommen wieder möglich – für alle externen Anbieter und Anbieterinnen für die Zeit des Arbeitsverbots (seit 16.03.20) wenigstens ein existenzsicherndes Einkommen in Höhe der Armutsgrenze (€ 1.259,-) sicher zu stellen.
2. In zukünftigen Fassungen des Hygienehandbuchs für elementarpädagogische Einrichtungen und Schulen sollte jedenfalls sichergestellt werden, dass externen

Personen unter Einhaltung von Hygienevorschriften der Zutritt zu den Bildungseinrichtungen gestattet ist. Denkbar sind auch verpflichtende, durch den Bund finanzierte, regelmäßige Testungen.

3. Mittelfristig ist es dringend erforderlich, die Fördermittel für externe Angebote zur Medienbildung nachhaltig zu gestalten (z. B. Schulbudgets entsprechend erhöhen). Auch die Schaffung von Anstellungsverhältnissen kann zu einer langfristigen Lösung beitragen. Damit könnte auch die Umsetzung der Digitalen Grundbildung erheblich beschleunigt und die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung (etwa: 8-Punkte-Plan) unterstützt werden.
4. Nur die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler reicht nicht aus, es braucht gleichzeitig ein begleitendes Bildungsangebot für die Schülerinnen und Schüler, damit der kompetente Umgang von Anfang an gelernt wird.

Es ist uns ein Anliegen, Sie auf die Notwendigkeit von Medienbildung für die Bürgerinnen und Bürger hinzuweisen!

In Erwartung Ihrer Antwort,

mit freundlichen Grüßen,

Univ. Prof. Dr. Christian Swertz.

(Obmann des Bundesverbands für Medienbildung)

[Dieser Brief geht auch an Herrn Vizekanzler Mag. Kogler und an Herrn Bildungsminister Univ. Prof. Dr. Heinz Faßmann.]